

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15190

"Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannten Reichsbürgerbewegung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15190 vom 01.02.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15583 des KI vom 08.02.2017
4. Beschluss des Plenums 17/15981 vom 14.03.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 14.03.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Christoph Rabenstein, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in dem Lagebild über sogenannte Reichsbürger bzw. zur sogenannten Reichsbürgerbewegung in Bayern, das vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport demnächst gegeben wird (vgl. die Landtagsbeschlüsse, jeweils vom 26. Oktober 2016, Drs. 17/13858 und 17/13859), auch über die Ermittlungen, Sammlungen und Auswertungen von Erkenntnissen bayerischer Sicherheitsbehörden über die Zugehörigkeit oder Verbindung von Personen, die sich selbst als sogenannte Reichsbürger bezeichnen oder diesen zuzurechnen sind oder der sogenannten Reichsbürgerbewegung oder deren Ideologie oder Ideen nahe stehen, zu rechtsradikalen oder rechtsextremistischen, antisemitistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder menschenverachtenden oder verfassungsfeindlichen Personen, Gruppierungen, Organisationen, Vereinigungen oder Netzwerken ausführlich – gegebenenfalls in nichtöffentlicher oder geheimen Sitzung – zu berichten.

Begründung:

Bei einer bundesweiten Razzia im Zuge von Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft gegen Rechts-extremisten wurden zwei Verdächtige festgenommen, darunter eine Person, die der Bewegung der sogenannten Reichsbürger nahesteht bzw. eine ideologische Nähe zur sogenannten Reichsbürgerbewegung erkennen lassen soll. Die Generalbundesanwaltschaft prüft gegen die Person und einen weiteren Verdächtigen Haftbefehle wegen Gründung einer terroristischen

Vereinigung. Die Gruppe soll Anschläge auf jüdische Mitbürger, Asylsuchende und Polizisten in Deutschland geplant haben. Bei den Razzien wurden laut Bundesanwaltschaft diverse Waffen, eine große Menge an Munition sowie Sprengmittel sichergestellt.

Die Bundesanwaltschaft soll insgesamt gegen sechs Verdächtige im Alter zwischen 35 und 66 Jahren wegen Bildung einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung ermitteln. Eine weitere Person soll die Gruppe unterstützt haben. Die Verdächtigen sollen vorwiegend über soziale Medien miteinander vernetzt gewesen sein und seit Frühjahr 2016 Anschläge geplant haben.

Der Hauptverdächtige soll sich als „keltischer Druid“ bezeichnen.

Sogenannte Reichsbürger erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an. Sie behaupten, das Deutsche Reich bestehe bis heute fort. Die Bewegung wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Viele Akteure sind nach Einschätzung der Behörden in der rechts-extremen Szene aktiv.

Die Durchsuchungen hatten am Mittwoch letzter Woche in Wohnungen und weiteren Räumen in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt begonnen. Ziel sei gewesen, weitere Beweismittel für das tatsächliche Bestehen einer Vereinigungsstruktur sowie zu möglichen geplanten Straftaten zu gewinnen.

Die Aktion habe sich nach Angaben des baden-württembergischen Innenministers auch gegen die „Reichsbürger“ gerichtet.

Das Bundesinnenministerium hält die „Reichsbürgerbewegung“ für eine ernstzunehmende extremistische Gefahr. In Deutschland soll es mehrere tausend sogenannte Reichsbürger geben. Im Oktober 2016 hatte ein sogenannter Reichsbürger in Georgensgmünd einen Polizisten erschossen und drei weitere Beamte zum Teil schwer verletzt. Immer wieder begehen Anhänger der Szene Straftaten.

Der Polizist, der bei dem Einsatz im Oktober 2016 von einem sogenannten Reichsbürger getötet wurde, soll nun doch als Opfer rechter oder rechtsmotivierter Kriminalität zugeordnet werden. Zunächst war bekannt geworden, dass die Polizei die Tat zunächst nicht dem Spektrum politisch motivierter Gewalt zugeordnet hat. Das Polizeipräsidium Mittelfranken hat diese Einordnung korrigiert.

tung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/15190**

Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 65. Sitzung am 8. Februar 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Christoph Rabenstein, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/15190, 17/15583

Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in dem Lagebild über sogenannte Reichsbürger bzw. zur sogenannten Reichsbürgerbewegung in Bayern, das vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport demnächst gegeben wird (vgl. die Landtagsbeschlüsse, jeweils vom 26. Oktober 2016, Drs. 17/13858 und 17/13859), auch über die Ermittlungen, Sammlungen und Auswertungen von Erkenntnissen bayerischer Sicherheitsbehörden über die Zugehörigkeit oder Verbindung von Personen, die sich selbst als sogenannte Reichsbürger bezeichnen oder diesen zuzurechnen sind oder der sogenannten Reichsbürgerbewegung oder deren Ideologie oder Ideen nahe stehen, zu rechtsradikalen oder rechtsextremistischen, antisemitistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder menschenverachtenden oder verfassungsfeindlichen Personen, Gruppierungen, Organisationen, Vereinigungen oder Netzwerken ausführlich – gegebenenfalls in nichtöffentlicher oder geheimen Sitzung – zu berichten.

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Anlage. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen" auf Drucksache 17/10665. Dieser Antrag soll auf Antrag der Fraktion gesondert beraten werden. Der Aufruf erfolgt dann am späten Abend.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Abgeordneten. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern und des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof betreffend die Wahl der berufsrichterlichen Mitglieder und des Präsidenten und seiner Vertreter mit Zweidrittelmehrheit auf Drucksache 17/14537 bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Schatzregal in Bayern endlich einführen!
Drs. 17/1461, 17/15418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Bekämpfung der Diskriminierung an Hochschulen
Drs. 17/5972, 17/15417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen
Drs. 17/10665, 17/15619 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen II: Freies WLAN in allen Regionalzügen
Drs. 17/11836, 17/15668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen III:
Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern ausrüsten
Drs. 17/11837, 17/15669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für eine adäquate Betreuung von unbegleiteten minderjährigen
und jungen volljährigen Flüchtlingen – Finanzielle Handlungsfähigkeit der
Kommunen berücksichtigen
Drs. 17/14133, 17/15568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	A

7. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Ja zur Sozialen Marktwirtschaft – Nein zu planwirtschaftlichem Verhalten
Drs. 17/14191, 17/15670 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eberhard Rotter CSU
Einrichtung und Bedienung der Intercity-Linie (IC) Karlsruhe – Nürnberg –
Saalfeld – Jena – Leipzig durch die DB Fernverkehr AG ab 2017
Drs. 17/14329, 17/15672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Tobias Reiß CSU
Zügige Schaffung des neuen Ausbildungsberufs „E-Commerce-Kaufleute“ –
Einrichtung von Berufsschulangeboten zu Beginn des Berufsschuljahres
2018/2019
Drs. 17/14346, 17/15791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ aktualisieren –
Agrarstrukturelle Belange integrieren
Drs. 17/14458, 17/15571 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachbesserungen bei den vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich
der Berufszulassung für gewerbliche Immobilienmakler und
Wohnungseigentumsverwalter im Sinne des Verbraucherschutzes
dringend erforderlich
Drs. 17/14533, 17/15569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der B 20 im Bereich Cham-Janahof
Drs. 17/14534, 17/15673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
Erwin Huber u.a. CSU
Gesundheitsinformationen im Internet – Chancen der Digitalisierung nutzen
Drs. 17/14602, 17/15784 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Vermehrter Einsatz von Recyclingbaustoffen bei staatlichen Baumaßnahmen
Drs. 17/14614, 17/15572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei
behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung
Drs. 17/14662, 17/15785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftgütemessungen in der Umgebung des Flughafens München
Drs. 17/14704, 17/15573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Smoothies
Drs. 17/14717, 17/15574 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Fahndungsaktion gegen Einbrecherbanden
Drs. 17/14776, 17/15499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechtssicherheit bei „Internet-Links“ gewährleisten
Drs. 17/14834, 17/15786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Nicht deklarierte Nanopartikel in Lebensmitteln
Drs. 17/14840, 17/15575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter CSU
S-Bahn-Haltestellen mit geringem Verkehrsaufkommen trotz
Verspätungen nicht auslassen
Drs. 17/14862, 17/15674 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!
Drs. 17/15030, 17/15620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Unterstützungsleistungen der bayerischen Salafistenszene aus dem Ausland
Drs. 17/15128, 17/15676 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen
Drs. 17/15172, 17/15584 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern
Drs. 17/15190, 17/15583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur sogenannten Reichsbürgerbewegung
Drs. 17/15191, 17/15582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rolle der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in Europa stärken
Drs. 17/15200, 17/15686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Demokratische Reform der Limbach-Kommission
Drs. 17/14774, 17/15124

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Walter Nussel, Eberhard Rotter u.a. CSU
Verminderung von Verkehrsunfällen mit Lkw-Beteiligung – Möglichkeiten der
Außerbetriebsetzung der in den LKW verbauten Fahrerassistenzsysteme
(Abstandswarner/Notbremsassistent) verhindern
Drs. 17/14861, 17/15140

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen I:
Volle Netzabdeckung entlang bayerischer Bahnstrecken
Drs. 17/11835, 17/15844 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>